
HANS-JÜRGEN SCHRÖDER

Kanzler der Alliierten?
Die Bedeutung der USA für die
Außenpolitik Adenauers

Außenpolitische Fragen haben für die Bundesrepublik seit ihrer Gründung eine hervorragende Bedeutung. Analog zu staatlichem Neubeginn und wirtschaftlichem Wiederaufbau war die Wiederanknüpfung zwischenstaatlicher Beziehungen eine zentrale Aufgabe der jungen Republik. Die Rückgewinnung außenpolitischer Handlungsfähigkeit und Gleichberechtigung im internationalen Staatensystem wurde von der Regierung Adenauer schrittweise und beharrlich vorangetrieben. Fast auf den Tag genau zehn Jahre nach der totalen Niederlage des Dritten Reiches erhielt der westdeutsche Teilstaat am 5. Mai 1955 die formale Souveränität. Diesen Erfolg haben drei miteinander verzahnte Elemente der westdeutschen Außenpolitik vor allem ermöglicht: die Konzentration auf Wirtschaftsfragen auch auf dem Gebiet der Außenbeziehungen, die enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika, sowie – als Kernstück der anvisierten Westorientierung – die Verständigung mit den westeuropäischen Nachbarn, allen voran Frankreich. »Auf außenpolitischem Gebiet liegt unsere Linie fest«, formulierte Konrad Adenauer prägnant in einem Privatbrief im August 1949. »Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten, herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, daß Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Förderung aufgenommen wird.«¹

Bereits fünf Tage nach seiner Wahl zum Kanzler hat Adenauer diese Leitlinien seiner Außenpolitik in der Regierungserklärung vom 20. September 1949 im wesentlichen auch gegenüber der Öffentlichkeit umrissen.² Was den ökonomischen Bereich betraf, so war die immer stärkere Einordnung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft für Adenauer zunächst eine wichtige innenpolitische Aufgabe. So galt es, »systematisch die durch 15 Jahren Zwangswirtschaft und Kriegswirtschaft entstandenen Strukturfehler der deutschen Wirtschaft« zu beseitigen und durch Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dem sozialen und wirtschaftlichen Leben die Grundlage zu erhalten. Die außenpolitische Dimension der deutschen Weltmarktorientierung unterstrich Adenauer mit dem Hinweis auf die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung »zum Nutzen der wirtschaftlichen Produktion«. Nur wenn es gelinge, »uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es uns möglich sein, auf ihm zu bestehen. Denn ein schwaches Volk, ein politisch schwaches Volk läuft immer Gefahr, im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Völkern hintangesetzt zu werden, wenn es nicht etwas Besonderes leistet.« Was die geographischen Schwerpunkte seiner Außenpolitik anbelangte, so bestand für Adenauer »kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören. Wir wollen zu allen Ländern gute Beziehungen, auch solche persönlicher Art, unterhalten, insbesondere aber zu unseren Nachbarländern, den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien, England und den nordischen Staaten. Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht hat und zu so manchen Kriegen, zu Zerstörungen und Blutvergießen Anlaß gegeben hat, muß endgültig aus der Welt geschaffen werden.« Höhepunkt der Regierungserklärung war der von Adenauer formulierte Wunsch, »in dieser Stunde mit besonderem Dank« der Vereinigten Staaten von Amerika zu gedenken. »Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Land in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und zu seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und tun.« Eine spätere Geschichtsschreibung werde dieses Verhalten der Vereinigten Staaten »als eine größere Tat bezeichnen« als »seine Anstrengungen im Kriege«. Der Kanzler verwies auf »unzählige Amerikaner«, die »aus echter

persönlicher Teilnahme und Nächstenliebe uns Deutschen in unserer schwersten Not, als hier Hunger und Mangel herrschten, in rührender Weise geholfen haben. Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen, und es wird das auch nicht vergessen.«

Was die konkrete Ausgestaltung der westdeutschen Außenbeziehungen anbelangte, so verwies Adenauer auf die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergaben, daß die auswärtige Politik der Alliierten Hohen Kommission vorbehalten war. Aus diesem Grunde sei er auch dem an ihn herangetragenen Wunsch, ein Ministerium für zwischenstaatliche Beziehungen einzurichten, nicht nachgekommen. Das bedeute jedoch nicht, daß die Bundesregierung »damit auf jede Betätigung auf diesem Gebiete Verzicht leiste«. Das »Paradoxe« der deutschen Lage sah Adenauer vor allem darin, daß »die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Alliierten Hohen Kommission wahrgenommen werden«, zugleich aber »jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundesparlaments auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt«. Deutschland sei »infolge Besatzung, Ruhrstatut, Marshall-Plan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor«. ³

I

Der Marshall-Plan war nicht nur ein Beleg für die enge Verzahnung von Innen- und Außenpolitik, sondern auch insofern von großer Bedeutung, als mit der Einbeziehung Westdeutschlands in das European Recovery Program Washington seine Entschlossenheit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung Westdeutschlands bekundet hatte. Im Vollzug dieser Stabilisierungsmaßnahmen waren wichtige Vorentscheidungen über die außenpolitische Orientierung der jungen Republik bereits vor ihrer Gründung gefallen.

Wie in den 20er Jahren, so wurde Deutschland auch nach dem Zweiten Weltkrieg Kernstück der amerikanischen Europapolitik. ⁴ Die Architekten des Marshall-Plans waren bei der Konkretisierung des Hilfsprogramms nämlich schnell zu der Überzeugung gelangt, daß es nur bei einer Einbeziehung Deutschlands erfolgreich sein könne. ⁵ Zumindest potentiell sei Deutschland

einer der wichtigsten Lieferanten so dringend benötigter Waren wie Kohle, Bergbaumaschinen und Industrieausrüstungen, hieß es in einer zusammenfassenden Analyse des State Department vom Sommer 1948. Deutschland sei gleichermaßen ein potentiell bedeutsamer Markt für europäische Produkte. Aus diesem Grunde sei die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands für die gesamteuropäische Gesundung lebensnotwendig. Umgekehrt sei auch die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands in großem Maße von der wirtschaftlichen Gesundung der anderen europäischen Staaten abhängig, da diese für deutsche Exporte die Hauptabsatzmärkte bildeten. Es sei die Politik der Vereinigten Staaten, dieser Interdependenz die größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen, um dem European Recovery Program insgesamt die größte Wirkung zu verleihen. ⁶

Die Integration Westdeutschlands in die Marshall-Plan-Strategie hatte für die innen- und die hier zur Debatte stehende außenpolitische Orientierung Westdeutschlands weitreichende Konsequenzen. Die Führungsschichten von Politik und Wirtschaft in den Westzonen hatten die integrativen Impulse des Marshall-Plans klar diagnostiziert und für die allmähliche Entfaltung westdeutscher Außenpolitik auch nutzbar gemacht. So hat der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bizone, Hermann Pünder, auf die über das Wirtschaftliche weit hinausreichende Bedeutung des Marshall-Plans für Westdeutschland und Europa insgesamt wiederholt hingewiesen. So zeige beispielsweise die Arbeit der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OEEC) bereits »recht erfreuliche Ansätze eines wirklich gesamteuropäischen Denkens aller Teilnehmerländer«. Dieser Organisation sei es vom deutschen Standpunkt aus »besonders hoch anzurechnen, daß sie in zunehmenden Maße auch Verständnis für unsere Lage und die Möglichkeit Westdeutschlands, zur wirtschaftlichen Gesundung Europas beizutragen«, gezeigt habe und daß sie hieraus »nicht nur wirtschaftlich«, sondern in ihrer »gesamten Einstellung gegenüber Deutschland Folgerungen zu ziehen« beginne. Gerade diese »schon jenseits des Wirtschaftlichen liegenden Folgerungen, welche einem neuen demokratischen Deutschland den Weg zu einem Wiederaufbau in die europäische Völkerfamilie ebneten, sind für uns besonders wichtig«. Deutschland gehe von der Überzeugung aus, daß die vom Marshall-Plan ins Leben gerufene europäische Zusammenarbeit nicht auf die Dauer des euro-

päischen Hilfsprogramms beschränkt sei, sondern darüberhinaus andauern müsse.⁷

Die von Pünder und anderen Bizonen-Repräsentanten »zur künftigen Gestaltung der Außenbeziehungen abgegebenen Willens- und Absichtserklärungen«, dies ist unter Hinweis auf den Marshall-Plan sowie auf Bizonengründung und Währungsreform zu Recht betont worden, »fügten sich grundsätzlich in das internationale ökonomische und bald auch sicherheitspolitische Konzept der USA ein«. Schon in der »bizonalen Vorphase der Bundesrepublik begann sich das Strukturgerüst der ökonomisch-politischen Westintegration herauszubilden.⁸ Die bereits in der Entstehungsphase des Marshall-Plans inaugurierte Westorientierung der Westzonen beschränkte sich eben nicht auf den wirtschaftlichen Bereich. Analog zur ökonomisch-politischen Doppelfunktion des Marshall-Plans hatte auch die wirtschaftliche Integration Westdeutschlands eine politische und sicherheitspolitische Dimension. Nur im Rahmen der europäischen Integration schien es möglich, neben den wirtschaftlichen auch die »politischen und geistigen Kräfte Deutschlands auf gesunde und friedliche Bahnen zu leiten«.⁹

Zu den weitreichenden außenpolitischen Implikationen wirtschaftlicher und außenwirtschaftlicher Weichenstellungen im Rahmen des Marshall-Plans kam für Adenauer die im engeren Sinne machtpolitische Komponente, wie sie sich vordergründig aus dem Besatzungsstatut vom April 1949 ergab, in dem sich die westlichen Alliierten elementare Kontrollrechte vorbehalten hatten. Das Fazit lautete: Nicht in Frontstellung zu den westlichen Alliierten, sondern nur in Zusammenarbeit mit ihnen werde es möglich sein, den Handlungsspielraum der Bundesregierung allmählich zu erweitern. Adenauer räumte ein, daß das Besatzungsstatut alles andere als ein »Ideal« sei. Immerhin sei es aber ein »Fortschritt gegenüber dem rechtlosen Zustand, in dem wir bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts gelebt haben«. Für das deutsche Volk gebe es aber keinen anderen Weg, »wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen«, als den, dafür zu sorgen, daß »wir nach dem völligen Zusammenbruch, den uns der Nationalsozialismus beschert hat, mit den Alliierten zusammen wieder den Weg in die Höhe« gehen. Der einzige Weg zur Freiheit bestehe darin, »daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen«.¹⁰

Hier fiel den Vereinigten Staaten im Adenauerschen Kalkül zwangsläufig eine Schlüsselrolle zu. Diese ergab sich für ihn nicht zuletzt aus den im Verlauf des Zweiten Weltkriegs vollzogenen Machtverschiebungen im internationalen System. Unter Hinweis auf den Machtverlust Großbritanniens und Frankreichs hat Adenauer wiederholt die weltpolitische Kontrollstellung Washingtons hervorgehoben: »Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich seit 1914 zu einer Weltmacht aller ersten Ranges entwickelt. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, daß seit der Zeit des Römischen Reiches unter Kaiser Augustus kein Land jemals eine solche Macht in Händen gehabt hat, wie sie jetzt die Vereinigten Staaten besitzen. Es ist die stärkste Militärmacht, die stärkste wirtschaftliche Macht der Erde.« Der Kanzler bezeichnete es als »ein großes Glück für die Menschheit, daß das amerikanische Volk freiheitsliebend, fortschrittlich und entschlossen« sei. Es habe »überraschend schnell die Rolle, die ihm nunmehr in der Geschichte der Menschheit zugefallen ist, begriffen«, es habe »klar erkannt, welche Verantwortung ihm seine Macht und sein Reichum gegenüber der gesamten Menschheit auferlegt«.¹¹ Diese Machtposition der USA wird von Adenauer in den folgenden Jahren wiederholt angesprochen, zumeist jedoch als »unspoken assumption« seinen innen- und außenpolitischen Lageanalysen durchgehend zugrunde gelegt. »Seien wir uns immer darüber klar«, so Adenauer Mitte September 1949 vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, »daß uns der Brotkorb jederzeit von den Amerikanern so hoch gehängt werden kann, daß wir in die bedenklichste Lage geraten können«.¹²

Adenauers fanatische Frontstellung gegenüber der Sowjetunion und seine klare Diagnose der Machtposition der USA führten ihn nahezu zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, daß der Handlungsspielraum der Bundesrepublik nur in Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten erweitert werden konnte und nicht in Opposition zu diesen. Eine Konfrontation mit den Westmächten hätte überdies zu Solidarisierungseffekten zwischen den drei westlichen Alliierten führen müssen und es damit entscheidend erschwert, wenn nicht ganz verhindert, die unterschiedlichen Prioritäten in der Deutschlandpolitik Frankreichs, Großbritanniens und der USA für die Politik Bonns nutzbar zu machen. Die Zusammenarbeit mit den Westmächten eröffnete die Perspektive, im Rahmen dieser Westpolitik zu Washington

Sonderbeziehungen zu entwickeln, die es ermöglichen, auf subtile Weise Paris unter Zugzwang zu setzen. Diese Konzeption Adenauers fand unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik sichtbaren Ausdruck im Petersberger Abkommen.

II

Es lag ganz auf der Linie dieser Politik, wenn in der Präambel des am 22. November 1949 unterzeichneten Petersberger Abkommens¹³ die Entschlossenheit der Verhandlungspartner zum Ausdruck gebracht wurde, »ihre Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens fortschreitend zu entwickeln«. Als vordringliches Ziel wurde formuliert, die Bundesrepublik als »friedliebendes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzugliedern«. Der Bundesregierung war es gelungen, wichtige Konzessionen zu erlangen, so die vor allem in außenpolitischer Hinsicht bedeutsame Möglichkeit zum Aufbau von Handels- und Konsularbeziehungen. Außerdem wurde der Bundesregierung analog zu ihrer bereits vollzogenen Teilnahme an der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Aufnahme in diejenigen internationalen Organisationen in Aussicht gestellt, in denen deutsche »Sachkenntnis und Mitarbeit zum allgemeinen Wohl beitragen können«. Zu den Gegenleistungen der Bundesregierung gehörte in erster Linie die von ihr erklärte »feste Entschlossenheit«, die »Entmilitarisierung des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten« und die »Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern« sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Militärischen Sicherheitsamtes.¹⁴ Die enge Verknüpfung von Sicherheit vor Deutschland und Konzessionen an Deutschland kam in dem Junktum der Alliierten zum Ausdruck, das diese zwischen einem weitgehenden Demontagestopp und dem Eintritt Bonns zur Ruhrbehörde herstellten. Vor allem hier hat sich der innenpolitische Streit der Bundesrepublik entzündet, der in der Bundestagsdebatte vom 24. und 25. November 1949 seinen deutlich vernehmbaren Höhepunkt fand. Die SPD kritisierte gerade diese »Mentalität des Junktums und des Handels, bei dem die anderen ein Stück Demontage ablassen und wir ein Stück Ruhrstatut schlucken«.¹⁵

Demgegenüber verteidigte Adenauer mit dem Hinweis auf das Sicherheitsbedürfnis der Alliierten zunächst die »Methode unse-

rer Außenpolitik«. Die Deutschen auf der einen und die Alliierten auf der anderen Seite würden »naturgemäß den gleichen Tatbestand von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus« sehen. Doch »wir Deutsche sollten nicht vergessen, was sich von 1933 bis 1945 abgespielt hat, wir dürfen auch nicht vergessen, welches Unglück durch die nationalsozialistische Regierung über die ganze Welt gekommen ist«. Ferner dürfe man auch »nicht vergessen, daß noch heute fast alle Völker der Erde schwer unter den Folgen dieses Krieges zu leiden haben«. Schließlich müßten »wir uns bei allem, was wir tun« darüber im Klaren sein, »daß wir infolge des totalen Zusammenbruchs ohne Macht sind«. Daher spiele bei den Verhandlungen mit den Alliierten, die mit dem Ziel geführt würden, »fortschreitend in immer größeren Besitz der staatlichen Macht zu kommen«, das »psychologische Moment eine sehr große Rolle«. Man könne »nicht ohne weiteres volles Vertrauen verlangen und erwarten«. So »unwürdig und falsch es sein würde, wenn wir eine Politik sklavischer Unterwürfigkeit verfolgen würden, eine dumme, unkluge und aussichtslose Politik wäre es, wenn wir etwa auftrumpfen wollten«. Mithin müsse es »die Methode der deutschen Außenpolitik« sein, »langsam und stückweise weiterzukommen«. Und diese Methode habe sich bei den Verhandlungen auf dem Petersberg als erfolgreich erwiesen, rein äußerlich komme das bereits in der Tatsache zum Ausdruck, daß der deutsche Text neben dem englischen und französischen gleichberechtigt sei. In der Würdigung der ausgehandelten Ergebnisse verwies der Kanzler vor allem darauf, daß im Bereich der Demontage die deutschen Wünsche zu 90 % verwirklicht worden seien. Bereits während der Verhandlungen auf dem Petersberg hatte Adenauer auf die über das Wirtschaftliche weit hinausgreifende Bedeutung der Demontagefrage hingewiesen. Sie sei »für uns Deutsche eine Frage von größter wirtschaftlicher Bedeutung, aber darüber hinaus auch eine Frage von größter psychologischer Bedeutung, und ich habe mehr als einmal die Befürchtung ausgesprochen, daß später vielleicht das Wort »Demontage« in der innenpolitischen Agitation einmal denselben Platz einnehmen werde, wie ihn das Wort »Versailles« in den 20er Jahren eingenommen hat«. Gerade im Bewußtsein der emotional aufgeladenen Demontagefrage hätte Adenauer durchaus daran denken können, daß sein Vorwurf an die SPD, sie würde es letztlich sogar vorziehen »die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen«, als maßlose Provokation

aufgefaßt werden mußte. Hier fiel dann auch das vielzitierte Wort des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher vom »Bundeskanzler der Alliierten«. ¹⁶

In einer politischen Würdigung wurde das Abkommen von Adenauer als »ein sehr großer Erfolg« bewertet, »zum ersten Mal werden wir wieder in die internationale Sphäre eintreten«, kommentierte der Kanzler in der erwähnten Bundestagsdebatte treffend. Wenn er allerdings behauptete, »zum erstenmal seit dem Zusammenbruch wird unsere Gleichberechtigung offiziell anerkannt« ¹⁷ (so auch in seinen Erinnerungen), dann hält dies einer historischen Würdigung nicht stand, sondern dokumentiert eher die Verhandlungsstrategie des Kanzlers, »gleich von Beginn an den Weg des gleichberechtigten Partners, nicht den des Befehlsempfängers gehen« zu wollen. ¹⁸ Die Dokumente über die Verhandlungsführung mit den Alliierten lassen daran keinen Zweifel. Ungeachtet dieser Kritik an der sicher auch innenpolitisch motivierten Überschätzung des Petersberger Abkommens im Hinblick auf die deutsche Gleichberechtigung, wird man festhalten können, daß mit dem Petersberger Abkommen die »Zeiten, in denen die drei Westalliierten weitreichende Entscheidungen über die deutsche Zukunft ohne vorherige Verhandlungen mit deutschen Repräsentanten fällten, ... endgültig vorbei« waren. »Die Bundesregierung begann, wenn auch zuerst auf eng umzirkeltem Raum, deutsche Außenpolitik zu betreiben, obwohl diese noch formell zu den alliierten Vorbehaltsrechten gehörte.« ¹⁹ In diesem Zusammenhang sollten auch die indirekten außenpolitischen Wirkungen der ausgehandelten wirtschaftlichen Erleichterungen nicht übersehen werden. Der weitgehende Demontagestopp verbesserte die wirtschaftliche und soziale Lage Westdeutschlands und damit generell die »Startbedingungen« für die junge Republik. ²⁰

In der innenpolitischen Auseinandersetzung über das Petersberger Abkommen hatte Adenauer »vor der spekulativen Erwägung« gewarnt, »daß wir aus einer Uneinigkeit unter den anderen großen Mächten irgendwie Erfolge erzielen können«. ²¹ In überaus subtiler Form wurde jedoch gerade dies von der Bundesregierung praktiziert: Die Prägung von Sonderbeziehungen zu den USA ist hier zu nennen. Das zeigte sich kurz nach der Regierungsbildung, als Bonn auf die Abwertung des britischen Pfundes reagieren mußte. Zwar lag die endgültige Entscheidung über die Festlegung einer neuen DM-Parität in der Kompetenz der

Hohen Kommissare. Die Diskussionen innerhalb des Kabinetts offenbarten jedoch die Entschlossenheit der Bundesregierung, bei der Neufestsetzung des Außenwertes der Deutschen Mark die Amerika-Orientierung zum Ausdruck zu bringen. So warnte Wirtschaftsminister Erhard vor einer Abwertung in Höhe von 30 % nach dem britischen Vorbild. Denn eine solche Maßnahme würde den Eindruck erwecken, »als ob wir in vollkommenem Diktatzwang an das englische Pfund angehängt würden«. ²² Der Präsident der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke, wünschte »unter allen Umständen« zu vermeiden, »pari passu und automatisch mit den Engländern« mitzugehen. Hier bestehe die Gefahr, daß die Bundesrepublik künftig dem Sterlingblock zugerechnet werde, und dies hätte in mehrfacher Hinsicht negative Folgen: »Zunächst sind wir nicht mehr direkt das, was wir heute sind, nämlich ein Exponent der amerikanischen Politik«, denn Bonn würde von London aus »gesteuert und dirigiert werden«. ²³ Damit seien freie Marktwirtschaft und Lebensstandard in Gefahr. Diese Einschätzungen wurden vom Bundeskanzler weitgehend geteilt. In seinen eigenen Diskussionsbeiträgen konzentrierte er sich allerdings auf die Frage der Abmilderung des von der Abwertung ausgehenden Preisauftriebs in der Bundesrepublik. Der Umrechnungskurs der DM gegenüber dem Dollar wurde mit Wirkung vom 19. September 1949 auf 23,8 Dollarcenten je DM (1 Dollar = DM 4,20) festgesetzt. Dies bedeutete eine Rückkehr zur Dollar-Relation der Weimarer Zeit und war ein Beleg für den hohen Stellenwert Amerikas im deutschen Kalkül.

Diese bereits in der Währungsfrage sichtbar gewordene enge Anlehnung an die USA spielte fraglos auch bei den Beschlüssen der Bundesregierung im Zusammenhang der Verhandlungen auf dem Petersberg eine Rolle. Einen ersten Hinweis auf die besondere Bedeutung der USA bietet die im Petersberger Abkommen fixierte »beabsichtigte Unterzeichnung eines zweiseitigen Abkommens mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Marshallplanhilfe«. ²⁴ Bei den internen Beratungen über Vor- und Nachteile eines deutschen Beitritts zur Ruhrbehörde im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags ging der Vorsitzende, Professor Carlo Schmid (SPD), wie selbstverständlich von einer engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit aus. Der deutsche Beitritt und damit das Stimmrecht würden für den Fall, daß die Ruhrbehörde »eine Politik der Ausfuhrhemmung«

betriebe, »entscheidende Bedeutung« erhalten können. Mit »den Stimmen der USA könnten unter Umständen nachteilige Folgen für Deutschland verhindert werden«. ²⁵ Für die Strategie, durch Beitritt zur Ruhrbehörde Einflußmöglichkeiten zu erschließen, plädierten in den folgenden Wochen auch zahlreiche Kabinettsmitglieder. Es war denn fraglos ein geschickter Schachzug Adenauers, als deutschen Vertreter in die Ruhrbehörde Franz Blücher zu entsenden, den Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplans. Bezeichnenderweise haben London und Paris versucht, die Entsendung Blüchers zu torpedieren. Der deutsche Vertreter in der Ruhrbehörde, so erläuterte Adenauer gegenüber Gewerkschaftsvertretern, sollte »nicht nur die Interessen der Ruhrindustrie vertreten«, sondern »durch seine Persönlichkeit Gewähr dafür geben, daß auch die allgemeinen Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern und den USA berücksichtigt werden«. ²⁶ In geschickter Weise wurde so der deutsche Beitritt zur Ruhrbehörde in den Kontext des amerikanischen Wiederaufbauprogramms für Europa gestellt. Adenauer betrachtete, wie er in einem Interview mit der *Zeit* erklärte, die Ruhrkontrollbehörde nicht als »kaudinisches Joch«, sondern als »ersten Schritt zu einer Kontrolle der gesamten europäischen Schwerindustrie«. ²⁷

III

Die bisherige amerikanische Deutschlandpolitik gab zu diesem Optimismus allen Anlaß. Seit 1947 war erkennbar, daß die Truman-Administration entschlossen war, ihre Stabilisierungspolitik in Westdeutschland weder durch britische Ordnungskonzepte, wie die geplante Sozialisierung der Ruhrindustrie, noch durch französische Sicherheitswünsche konterkarieren zu lassen. Namentlich die von der französischen Regierung immer wieder vorgetragenen Sicherheitsbedenken wurden von Washington entweder heruntergespielt oder ganz übergangen. »Obstruktion« und »Intransigenz« Frankreichs waren die Begriffe, mit denen amerikanischen Diplomaten französische Kritik an der Washingtoner Deutschlandpolitik häufig kommentierten. ²⁸ Prinzipiell wurde den Franzosen zwar Verständnis für ihre Furcht vor einem Wiederaufbau des deutschen Kriegs-

potentials signalisiert, zugleich ließ die amerikanische Regierung jedoch keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, von der Stabilisierungspolitik in Westdeutschland keinerlei Abstriche zu machen.

In richtiger Einschätzung der Priorität der amerikanischen Europapolitik, die neben Großbritannien auch der Bundesrepublik eine gewisse Sonderrolle einräumte und eine Beteiligung Frankreichs an einer langfristigen Kontrolle des deutschen Industriepotentials ausschloß, hat die französische Diplomatie mit dem Schuman-Plan im Mai 1950 die Initiative ergriffen. Der Gefahr einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik sollte durch das französische Angebot der Kooperation im Kohle- und Stahlbereich wenigstens zum Teil entgegengewirkt werden. Bereits zeitgenössische Beobachter haben diese Motive des Schuman-Plans klar erkannt. ²⁹

Die amerikanische Reaktion auf den Schuman-Plan war grundsätzlich positiv. Das kann aus der historischen Rückschau nicht überraschen, denn in aller Stille hatten sich einige amerikanische Diplomaten als Geburtshelfer betätigt. In Washington herrschte insbesondere Erleichterung über die sich abzeichnende Perspektive eines deutsch-französischen Ausgleichs. In einer Pressekonferenz bezeichnete Präsident Truman dann am 18. Mai 1950 den Schuman-Plan einen »konstruktiven staatsmännischen Akt«, der geeignet sei, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine »völlig neue Grundlage« zu stellen. Die Initiative Schumans gehöre zu den ermutigendsten europäischen Entwicklungen seit Kriegsende. Die Realisierung dieses Plans könne zur Beendigung der deutsch-französischen Rivalität beitragen und ein friedliches und produktives Europa gestalten helfen. ³⁰ Aus taktischen Gründen hat die Truman-Administration alles zu vermeiden gesucht, was auf eine Einmischung Washingtons in die Schuman-Plan-Verhandlungen hätte schließen lassen. Dies geschah vor allem mit Blick auf die möglichen negativen Rückwirkungen auf die französische Öffentlichkeit und die prinzipiell ablehnende Haltung der britischen Regierung. Zahlreiche amerikanische Diplomaten, unter ihnen auch der amerikanische Hochkommissar in der Bundesrepublik, John McCloy, haben allerdings auf Weisung ihrer Regierung hinter den Kulissen vor allem die deutsch-französischen Kontakte konstruktiv begleitet. McCloy hat dann bei der Formulierung der »relevanten Artikel des Montanvertragsentwurfes Formulierungshilfen« gegeben. ³¹

Der Marshall-Plan-Beauftragte Paul Hoffman unterstrich in diesem Zusammenhang die für die amerikanische Politik wichtige funktionale Bedeutung der Bundesrepublik, nämlich die Möglichkeit der »Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit von Westeuropa via Deutschland«. ³² Für die amerikanische Diplomatie eröffnete sich also generell die Perspektive, die Entwicklung des europäischen Industriekapitalismus »in eine Richtung zu drängen«, »die mit den Rahmenbedingungen der Pax Americana vereinbar war«. ³³ Die deutsch-französische Verständigung sollte die Keimzelle für eine weiteren Staaten offenstehende Westintegration bilden. Was die außenpolitische Konzeption Adenauers anbelangte, so dokumentieren Schuman-Plan und seine insgesamt positive Einschätzung durch die amerikanische Diplomatie sichtbare Erfolge der Kooperationsstrategie des Bundeskanzlers. Die mit dem Abschluß des Petersberger Abkommens formulierte Erwartung Adenauers, die Kontrollen der westlichen Alliierten über die deutsche Wirtschaft möglichst bald in eine gesamteuropäische Zusammenarbeit überleiten zu können, hatten sich für den Bereich von Kohle und Stahl erstaunlich schnell realisieren lassen. Die Bereitschaft zur deutsch-französischen Verständigung sowie die durchgehende Berücksichtigung der amerikanischen Interessenlage dürften zu diesem Erfolg ganz entscheidend beigetragen haben.

Einen weiteren Emanzipationsschub brachte die Entscheidung über einen deutschen Wehrbeitrag. Zunächst war Adenauer der Zeit fraglos vorausgeeilt, wenn er Ende 1949 kaum verklausulierte Angebote über einen deutschen Wehrbeitrag unterbreitete. Der Ausbruch des Koreakriegs im Juni 1950 hat dann allerdings schneller als erwartet dieses Problem in ein aktuelles Stadium der Diskussion überführt. Bereits im Dezember 1950 einigten sich die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens prinzipiell über einen deutschen Wehrbeitrag, der allerdings nicht im nationalen, sondern supranationalen Rahmen verwirklicht werden sollte. Die Außenminister folgten hier im wesentlichen den Vorstellungen des französischen Ministerpräsidenten René Pleven, dessen Konzept als Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in die Geschichte eingegangen ist. Adenauer verfolgte mit dem Angebot deutscher Truppenkontingente im wesentlichen drei Ziele, die er in seinen Memoiren wie folgt zusammengefaßt hat: »1. die Erlangung der Souveränität als Folge der Wiederaufrüstung, 2. Sicherheit ge-

genüber der Aufrüstung der Sowjetzone durch Sowjetrußland, 3. die Herbeiführung einer europäischen Föderation«. ³⁴

Daß sich die Modalitäten der deutschen Wiederbewaffnung so kurz nach Kriegsende nicht im Schnellverfahren würden realisieren lassen, versteht sich von selbst. Die Verhandlungen zwischen den Westalliierten und der Bundesrepublik haben sich nicht zuletzt deshalb hingezogen, weil Bonn seinen Wehrbeitrag mit der Forderung nach Revision des Besatzungsstatuts verknüpft hatte. »Das Dilemma, in dem wir uns mit unserer Politik befinden«, so das State Department im Februar 1951 in einem Memorandum über die amerikanische Deutschlandpolitik, ³⁵ »wird besonders deutlich in der Frage einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung Europas. Da der sowjetische Druck die frühe Verwendung deutscher Hilfsmittel unumgänglich macht, glauben wir, daß Deutschland so früh wie möglich in das westeuropäische Verteidigungssystem mit eingebunden werden muß. In den Beratungen über die Wiederbewaffnung haben die Deutschen jedoch für die militärische Zusammenarbeit Gleichberechtigung gefordert.« Hinzu komme, »daß die Deutschen, mit Blick auf die Rückgewinnung der vollen Souveränität die Wiederbewaffnung bei ihrer Forderung nach weitreichenden politischen Zugeständnissen der Westmächte einsetzen«. Eine Lösungsmöglichkeit bestehe darin, die Bundesrepublik am westeuropäischen Integrationsprozeß zu beteiligen. Folglich könne es sich als »notwendig erweisen, das Verhältnis zur Bundesrepublik auf eine Vertragsbasis zu stellen, mit dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik in wesentlichen Bereichen gleichberechtigt werden und aktiv jene Verpflichtungen übernehmen will, die sich für sie als Mitglied in der Gemeinschaft der westlichen Nationen ergeben«. ³⁶ Damit war vom State Department der Weg markiert, der dann auch beschritten wurde und im Frühjahr 1952 zum Abschluß entsprechender Vertragswerke führte.

Es war für die Bundesregierung fraglos ein sichtbarer Erfolg, daß nach einem langen Gerangel um einen geeigneten Ort zur Unterzeichnung der Verträge, der – von Adenauer als Deutschlandvertrag bezeichnete – Generalvertrag in Bonn unterzeichnet wurde (26. Mai 1952); der EVG-Vertrag wurde am folgenden Tag in Paris unterzeichnet. In einer Würdigung der Verträge vor dem Bundesparteiausschuß der CDU hob Adenauer vor allem den Souveränitätsgewinn für die Bundesrepublik hervor: »Durch diese Vertragswerke werden wir wieder Subjekt der Po-

litik und der Strategie, nachdem wir bisher nur Objekt waren. Durch diese Verträge haben wir wieder mitzureden bei den politischen Fragen, die das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden. Und durch den Vertrag zur EVG haben wir auch mitzureden bei der strategischen Konzeption Deutschlands und Europas. Bisher hatten wir diese Möglichkeit und dieses Recht nicht. « Adenauer verwies auch darauf, daß bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrags in Paris nicht nur diejenigen Länder anwesend waren, die zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft gehörten, sondern auch Vertreter Englands und der USA sowie sämtlicher NATO-Staaten. Damit sei klar geworden, daß »die Vereinsamung Deutschlands ein Ende finden wird, wenn ratifiziert wird, und daß wir dann eingegliedert sind in den großen Bund westlicher Nationen, die nur das eine sich zum Ziele gesetzt haben, die Bewahrung des Friedens und der Ordnung in Europa und der Welt«. ³⁷

Allerdings geriet der EVG-Vertrag und damit auch der Deutschlandvertrag (hier war ähnlich wie im Petersberger Abkommen ein Junktim hergestellt worden) in den Strudel der französischen Innenpolitik. Je länger sich das Ratifizierungsverfahren in Frankreich hinzog, umso deutlicher kam schon vor dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung (30. August 1954) der europäische Integrationsprozeß in eine Krise. Damit waren sowohl die deutsche als auch die amerikanische Europapolitik in ihrem Kern berührt. Es kann nicht überraschen, daß sowohl Washington als auch Bonn in dieser Situation eine Intensivierung ihrer bilateralen Beziehungen anvisierten.

IV

Aufgrund der außenpolitischen Prämissen Adenauers war es selbstverständlich, daß die Bundesregierung gerade auch eine Ausgestaltung der bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen anstrebte. Mit Blick auf die Stagnation in der Westeuropapolitik war dies umso mehr erforderlich. Wichtige Ansatzpunkte zur Intensivierung der Amerikapolitik bestanden fraglos im ökonomischen Bereich. Dies ergab sich generell aus der Bedeutung wirtschaftlicher Fragen sowohl für die deutsche als auch die amerikanische Außenpolitik. Auf deutscher Seite kam hinzu,

daß Bonn mit dem Petersberger Abkommen die handelspolitische Souveränität erlangt hatte und damit auf diesem Gebiet zumindest in formaler Hinsicht über einen größeren Handlungsspielraum verfügte. Auch für Washington waren bilaterale Verhandlungen mit Bonn im wirtschaftlichen Bereich zusätzlich deshalb von Bedeutung, weil hier formale Rücksichtnahmen auf die beiden anderen Westalliierten weitgehend entfielen. Zu erwähnen sind vor allem drei wichtige vertragliche Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington: Das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 15. Dezember 1949, die zeitweilige Wiederinkraftsetzung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags aus dem Jahre 1923, sowie der Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 29. Oktober 1954. In diesen Verträgen bekannte sich die Bundesrepublik unter anderem zu der von Washington angestrebten liberalen Weltwirtschaftsordnung. Diese ökonomische Kooperation mit den USA ist auch stark unter politischen Aspekten zu sehen. Das zeigte bereits die bewußte Anknüpfung an die Weimarer Zeit. Für die Kabinettsberatungen über den Handelsvertrag von 1954 hat das Auswärtige Amt die über das Wirtschaftliche weit hinausgreifende politische Bedeutung besonders hervorgehoben. Für die Vereinigten Staaten sei es »der wichtigste Vertrag dieser Art«, für die Bundesrepublik sei es »der erste und ebenfalls wichtigste klassische Handelsvertrag nach dem Kriege. ... Auch der alte Vertrag von 1923 hatte zu seiner Zeit allein durch seine Existenz eine politische Bedeutung. Der neue Vertrag mit der führenden Nation der westlichen Welt wird nicht geringere Wirkungen auslösen.« ³⁸

Erster sichtbarer Höhepunkt des von Adenauer systematisch betriebenen Ausbaus der bilateralen Beziehungen zu den USA war seine Reise in die Vereinigten Staaten im April 1953. ³⁹ Washington signalisierte mit der Abwicklung des fast zweiwöchigen Besuchs den gestiegenen Stellenwert der Bundesrepublik in der amerikanischen Außenpolitik. So erhielt der Kanzler hinreichend Gelegenheit, vor der Presse, vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats und insbesondere gegenüber Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles seine politischen Vorstellungen zu entwickeln. Vizepräsident Richard Nixon hatte bei der Ankunft Adenauers in Washington bereits auf dem Flughafen erklärt, daß Washington an die »alten Beziehungen«, also die

deutsch-amerikanische Zusammenarbeit der 20er Jahre, anknüpfen wolle.⁴⁰ Die Wiederherstellung und Vertiefung dieser Beziehungen sei auch das Ziel der Bundesregierung, versicherte der Kanzler bei seiner ersten Zusammenkunft mit dem Präsidenten.

Gegenüber dem Bundesvorstand der CDU äußerte Adenauer nach seiner Rückkehr dann auch Zufriedenheit über seine Aufnahme in den USA. Sie sei »so überraschend gut« gewesen, »daß man sie sich gar nicht besser hätte vorstellen können«. Auch die »Aufnahme durch Präsident Eisenhower persönlich« sei »wirklich so« gewesen, »daß mir nachher in Chicago und in New York Deutsch-Amerikaner, ältere Leute, mit Tränen in den Augen sagten: Wir danken Ihnen dafür, daß Sie gekommen sind. Jetzt ist für uns Amerikaner deutscher Herkunft der letzte Schatten genommen, der noch aufgrund des letzten Krieges auf uns lag.« Besonderen Eindruck hatte bei Adenauer der von ihm immer wieder geschilderte Besuch auf dem Nationalfriedhof in Arlington hinterlassen, der vom amerikanischen Protokoll überaus wirkungsvoll inszeniert worden war: Salutschüsse, Nationalhymnen, Herausstellen der deutschen Fahne. »Das Ganze«, so Adenauer, »war eine demonstrative Begrüßung für die Bundesrepublik Deutschland, die wirkungsvoller und besser nicht mehr zu denken ist«. Der Kanzler bekräftigte bei dieser Gelegenheit seine Auffassung von der großen Bedeutung guter Beziehungen zu den USA: »Daß wir versuchen, nach wie vor mit Washington sehr enge und gute Fühlung zu halten, versteht sich von selbst.« Der Bundeskanzler warnte allerdings auch vor einer Überschätzung der deutschen Möglichkeiten auf dem Gebiet der internationalen Politik. »Wir Deutsche sollten uns darüber klar sein, daß wir in der Weltgeschichte z. Z. wirklich noch nicht viel zu bedeuten haben.« Wenn man die »Macht Amerikas« sehe und berücksichtige »welche weitreichenden großen Verbindungen Großbritannien in der Welt« noch habe, »dann sind wir Deutschen wirklich nicht von derselben Klasse«. ⁴¹ Gerade angesichts dieser Situation bleibt festzuhalten, daß die erste Amerikareise des Kanzlers eine erfolgreiche Etappe auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Bundesrepublik war.

Der Besuch in den Vereinigten Staaten vom April 1953 hatte für den Kanzler auch eine wichtige innenpolitische Funktion. Im Vorfeld des zweiten Bundestagswahlkampfes war es für die CDU/CSU von unschätzbarem Wert, daß dem Kanzler in den

USA ein so grandioser Empfang bereitet wurde. Adenauer konnte von den Wahlkampfstrategen als Garant für gute deutsch-amerikanische Beziehungen und das gestiegene deutsche Ansehen in der Welt herausgestellt werden. Dies geschah etwa in einem für den Wahlkampf produzierten Film »Adenauers Amerikareise«, der von der Bundesgeschäftsstelle der CDU als überaus werbewirksam eingestuft wurde.⁴² Meinungsumfragen haben bestätigt, daß die USA-Reise auch ein Wahlschlager war: Während Ende 1952 sich nur 30 % der Befragten mit der Politik des Bundeskanzlers einverstanden erklärten, war dieser Prozentsatz nach der Amerikareise auf 41 % angestiegen.⁴³

Adenauer hatte übrigens während seines Aufenthalts in Washington die amerikanische Regierung kaum verhüllt für den bevorstehenden Wahlkampf um Schützenhilfe gebeten und diese auch erhalten. Amerikanische Diplomaten haben dies intern ungeniert diskutiert.⁴⁴ Besonders spektakuläre Schritte Washingtons waren Stellungnahmen des Präsidenten und des Außenministers. So nahm Eisenhower den 17. Juni 1953 zum Anlaß, Adenauers Standfestigkeit und namentlich seine Deutschlandpolitik zu loben.⁴⁵ Der Präsident versicherte, er teile die Auffassung, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege einer fortschreitenden westeuropäischen Integration erreichbar sei. Auf einer Pressekonferenz wurde Außenminister Dulles noch deutlicher: In bezug auf die deutsche Frage formulierte er seine Überzeugung, daß es sich für Deutschland verheerend auswirken würde, falls Adenauer seine Arbeit als Bundeskanzler nach den Wahlen nicht sollte fortsetzen können.⁴⁶

Die Außenpolitik des Bundeskanzlers und namentlich seine Unterstützung durch die amerikanische Regierung dürften zum positiven Ergebnis der Bundestagswahl 1953 beigetragen haben. Mit 45,2 % der Zweitstimmen errangen CDU/CSU die absolute Mehrheit der Mandate. Im Gegensatz zur »Erhard-Wahl« von 1949 wird man die Bundestagswahl von 1953 daher eher als »Adenauer-Wahl« charakterisieren können.⁴⁷ Das Ergebnis der Bundestagswahl verdeutlicht im Hinblick auf den Faktor Amerika die enge Verschränkung von Innen- und Außenpolitik. Adenauers erfolgreiche Amerikapolitik hat zu seinem Wahlerfolg beigetragen, während umgekehrt das eindrucksvolle Abschneiden von CDU und CSU auf die Position des Kanzlers gegenüber den Vereinigten Staaten Rückwirkungen hatte. Die Eisenhower-Administration konnte sich in ihrer Auffassung bestä-

tigt fühlen, daß sie in ihrer Deutschlandpolitik auf das »richtige Pferd gesetzt« hatte, auf das weiterhin zu vertrauen im Interesse der USA lag. Interne amerikanische Lagebeurteilungen bestätigen dies.

Das Ende der ersten Sitzungsperiode des Deutschen Bundestags nach der Wahl von 1953 nahm beispielsweise die amerikanische Hohe Kommission zum Anlaß, eine ausführliche Bewertung der wichtigsten politischen Ereignisse in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung zu erstellen.⁴⁸ Dieser Bericht vermittelt wichtige Einsichten in die Beurteilung der Adenauerschen Politik durch die amerikanische Diplomatie. Bereits einleitend wurde auf die »geschickte und kraftvolle Führung« durch Bundeskanzler Adenauer verwiesen, die die Legislative »in den Schatten des politischen Geschehens gestellt habe«. Die Bundesregierung habe ihre wichtigsten Programme ohne nennenswerte Änderungen durch das Parlament bringen können. Angesichts dieses Übergewichts der Exekutive müsse sich jede Analyse des westdeutschen politischen Systems in erster Linie mit der Funktion des Kanzlers und seinem Regierungsapparat auseinandersetzen.

Die starke Stellung des Kanzlers resultiere zum einen aus der Tatsache, daß er durch das im Grundgesetz verankerte konstruktive Mißtrauensvotum gegenüber dem Parlament ein größeres Maß an Unabhängigkeit genieße als dies in anderen europäischen Demokratien der Fall sei. So habe Adenauer ungeachtet der knappen Mehrheit bei der Kanzlerwahl vom September 1949 eine dem Präsidenten der Vereinigten Staaten durchaus vergleichbar starke Position. Diese verfassungsrechtliche Position des Kanzlers werde durch deutsche Traditionen und Mentalitäten, die ohnehin eher eine starke Exekutive begünstigten, weiter unterstrichen. Durch den Wahlsieg von CDU/CSU von 1953 sei die Stellung des Bundeskanzlers noch zusätzlich ausgebaut worden. Unter diesen Bedingungen habe Adenauer die Möglichkeit gehabt und auch genutzt, die Entwicklung der Bundesrepublik entscheidend zu prägen.

Die starke Stellung der Exekutive finde nicht zuletzt auch Ausdruck im Adenauerschen »Küchenkabinett«. Ein Vergleich mit Roosevelts New Deal dränge sich auf. Hier, in dem Gewicht des Kanzleramtes wurde allerdings auch ein Schwächemoment der jungen Demokratie erblickt, weil die kleine einflußreiche Gruppe um Adenauer bisher keine Anstalten gemacht habe, die

Zahl der am politischen Entscheidungsprozeß beteiligten Personen zu vergrößern. Verstärkt werde dieses potentielle Schwächungsmoment des Regierungssystems durch die Neigung des Kanzlers, häufig sogar Parteifreunde und Koalitionspartner über seine wahren Absichten vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik im unklaren zu lassen. Ebenso wenig werde die Opposition am außenpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Im Lichte der Ereignisse der Jahre 1949–1954 finde mithin die bereits zu Beginn der Bundesrepublik von der amerikanischen Hohen Kommission formulierte Einschätzung des ersten deutschen Bundeskanzlers ihre Bestätigung: Unter den gegebenen Umständen sei Adenauer für die junge Republik die vielleicht beste Lösung.

Diese positive Einschätzung Adenauers wurde durch den Hinweis auf die Lagebeurteilung des Kanzlers bekräftigt, daß Erfolge in seinen wichtigsten politischen Zielsetzungen nur durch eine Mäßigung der deutschen Politik möglich seien. Sowohl die privaten als auch die offiziellen Äußerungen Adenauers zeigten deutlich seine Erkenntnis, daß Deutschland in einem vereinten Europa nur dann eine wichtige Rolle werde spielen können, wenn es sich nicht übernehme.

Ein wichtiger Faktor für die Stärke des Kanzlers sei der Erfolg. Vor allem die wirtschaftliche Prosperität und die teilweise Wiederherstellung des internationalen Ansehens Deutschlands. Allerdings stehe der ganz große außenpolitische Erfolg noch aus, nämlich die vom Kanzler versprochene Rückgewinnung von Souveränität und Verteidigungsfähigkeit sowie die Fortentwicklung der Westintegration in einer Weise, die den Deutschen neue Entwicklungsperspektiven eröffne. Die mit Unterzeichnung der Westverträge verknüpften Versprechen seien noch nicht eingelöst. Sollte sich die Adenauersche Politik des »aufgeklärten Realismus« allmählich als nicht praktikabel erweisen, dann werde die Anziehungskraft seiner Person nachlassen und seine Führungskraft schwinden, denn das im Bundestagswahlkampf 1953 so erfolgreiche Programm des Kanzlers beruhe in erster Linie auf drei Säulen: Prosperität, Wiedervereinigung und Westintegration.

Während sich die erste, die Prosperität, als stabil erweise, sei die zweite Säule, die Wiedervereinigungspolitik, ins Wanken geraten. Gerade angesichts der wiederholten Hinweise des Kanzlers, daß der Weg zur Wiedervereinigung nur über die Westinte-

gration führe, komme der Westintegration auch unter diesem Gesichtspunkt eine zentrale Bedeutung zu. Denn sollte sich dieses Element der Adenauerschen Konzeption ebenfalls als erfolglos erweisen, dann werde der gesamten Politik, mit der der Kanzler sein Prestige verknüpft habe, die Grundlage entzogen. Eine Stagnation der Westpolitik werde mithin für die Bundesrepublik innen- und außenpolitische Konsequenzen haben. Schon jetzt gebe es Anzeichen wachsender Ungeduld, Desillusionierung und eines aufkeimenden Antiamerikanismus. Dies gelte nicht nur für die SPD-Opposition, sondern sogar für solche Kreise, die bisher zu den zuverlässigsten Befürwortern der amerikanischen Deutschlandpolitik gehörten. Überdies bestehe die Gefahr, daß eine anhaltende Stagnation in der Europapolitik zu einer drastischen Neuorientierung im deutschen politischen Denken führe. Deutschland könnte der Versuchung erliegen, aus der Not eine Tugend zu machen, und die aufgezwungene Entmilitarisierung könnte als Argument benutzt werden, durch Neutralisierung die nationale Einheit zu erkaufen, eine Schaukelpolitik zwischen West und Ost zu betreiben oder gar eine direkte deutsch-sowjetische Zusammenarbeit anzustreben. Angesichts dieser Sachlage könne der Kanzler eine wirksame Kontrolle über die Entwicklung in Deutschland nur dann ausüben, wenn er für seine Außenpolitik konkrete Ergebnisse vorweise.

Derartige Überlegungen veranlaßten Washington, nach dem Scheitern der EVG den deutschen Wehrbeitrag im Rahmen der NATO zu realisieren und damit eine Voraussetzung für die Gewährung der formalen Souveränität der Bundesrepublik zu schaffen. Der 5. Mai 1955 ist somit das Ergebnis einer engen deutsch-amerikanischen Kooperation.

V

Die enge deutsch-amerikanische Kooperation sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Washington und Bonn zumindest latent erhebliches Konfliktpotential vorhanden war, das mit den Stichworten Neutralisierungsfurcht und Rapallo-Trauma umrissen ist. So war Adenauer wiederholt von einer Art Neutralisierungspanik ergriffen, von der Vorstellung also, Washington könne sich mit Moskau über eine Neutralisierung

Deutschlands verständigen. In düsteren Farben hat der Kanzler wiederholt die Konsequenzen einer solchen Politik geschildert: »Die sowjetrussische Gefahr besteht und sie ist groß und es hat gar keinen Zweck, etwa die Augen zu schließen und sie zu leugnen. Und diese Gefahr besteht nicht nur für Deutschland, sie bedroht alle Länder Westeuropas. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn einzelne europäische Länder glauben würden, Sowjetrußland würde sich damit begnügen, den jetzigen Status seiner Macht zu halten oder lediglich noch die Bundesrepublik in seinen Machtbereich hineinzuziehen. Das politische Ziel Sowjetrußlands ist m. E. sehr klar, sehr logisch und sehr folgerichtig. Sowjetrußland will unter allen Umständen die Demilitarisierung Deutschlands festhalten. Es will dann den Rückzug der westalliierten Truppen aus einem demilitarisierten und durch papierne Verträge *neutralisiertes Deutschland* erreichen, und es will das, weil es weiß, daß dann ... die Bundesrepublik sehr schnell in die russische Machtsphäre kommen wird. Würde aber Sowjetrußland dieses Ziel erreichen, dann ist damit eine Integration Europas unmöglich geworden. ... Wenn die Integration Europas unmöglich wird, wenn der sowjetrussische Einfluß in Westeuropa noch dadurch wachsen würde, werden ganz sicher die Vereinigten Staaten ihr Interesse an Europa eines Tages verlieren. Dann hat Sowjetrußland sein Ziel erreicht: Es ist Herr über ganz Europa. Wenn ihm das gelingt, wenn Sowjetrußland Herr von Europa werden sollte, dann ist es auch für die Vereinigten Staaten ein sehr beachtenswerter Gegner. Eine Teilung der Welt in eine sowjetische und eine amerikanische Einflußsphäre erscheint dann durchaus im Bereich der Möglichkeit; und wir, wir Europäer und schließlich auch England, gehörten dann zur russischen Einflußsphäre. Das wäre in Wahrheit das Ende des christlichen Abendlandes.«⁴⁹

Diese Adenauersche Neutralisierungsfurcht war, aus der historischen Rückschau betrachtet, allerdings unbegründet. Denn für die amerikanische Diplomatie stand eine Neutralisierung als Alternative zur Westintegration ernsthaft nicht zur Debatte. Selbst die auf eine formale Neutralisierung abhebenden Pläne und Diskussionspapiere der amerikanischen Regierung gingen immer davon aus, daß zumindest die wirtschaftliche Anbindung Deutschlands an den Westen erhalten und damit auch ein faktisches Übergewicht amerikanischer Einflußnahme gewahrt bleiben sollte. Die von Adenauer wiederholt beschworene Gefahr

einer Auslieferung Deutschlands an die Sowjets ist für die amerikanische Deutschland- und Europapolitik nicht nachweisbar.

Analog zur Adenauerschen Neutralisierungsfurcht wurde in den internen amerikanischen Analysen in einer Übersteigerung des Rapallo-Traumas wiederholt die Furcht vor einer Ostorientierung der Bundesrepublik artikuliert. Es bestehe die Gefahr, so etwa die im März 1950 in der Deutschlandabteilung des State Department angestellten Überlegungen,⁵⁰ daß Hinweise der Sowjets auf die deutsch-russische Freundschaft unter Bismarck und auf die Vorstellungen Stresemanns von einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen Ost und West in der Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden fallen. Überdies habe der Vertrag von Rapallo gezeigt, daß der Kommunismus für eine deutsch-russische Zusammenarbeit kein Hindernis sei. Denn schließlich würden sowohl die ökonomischen als auch die politischen Implikationen eines deutsch-sowjetischen Arrangements für einen Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht eine Chance bieten. Schließlich wurde insbesondere auf die ungelöste Frage der Wiedervereinigung Deutschlands verwiesen. Gerade in dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung liege die Gefahr einer deutschen Ostorientierung, die bei der Formulierung der amerikanischen Deutschlandpolitik berücksichtigt werden müsse. Die von amerikanischen Politikern und Diplomaten wiederholt formulierte Rapallo-Furcht ist in bezug auf Adenauers Außenpolitik ebensowenig begründet. Eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West stand für Adenauer nicht zur Diskussion.

Selbst eine nüchterne historische Analyse kann freilich nichts daran ändern, daß für die am Entscheidungsprozeß in Westdeutschland und den USA beteiligten Politikern die deutsche Neutralisierungsfurcht und das amerikanische Rapallo-Trauma potentielle Störelemente für die deutsch-amerikanischen Beziehungen darstellten, die sich seit Ende der 50er Jahre im Zuge der Bemühungen Washingtons um eine Entspannung des Ost-West-Konflikts bemerkbar machten. Auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation haben Neutralisierungsfurcht und Rapallo-Trauma eher eine stabilisierende Wirkung gehabt, weil dadurch der Stellenwert der Bundesrepublik im amerikanischen Kalkül und die zentrale Bedeutung der USA für die Innen- und Außenpolitik Bonns noch zugenommen haben. Hier liegt ein weiterer Grund für den schnellen Wiederaufstieg Westdeutschlands.

Die Bedeutung der Vereinigten Staaten für den westdeutschen Emanzipationsprozeß hat Adenauer rückblickend besonders pointiert hervorgehoben. »Was haben wir in der Außenpolitik geleistet?«, fragte er in einer Stellungnahme zu außen- und innenpolitischen Grundsatzfragen im März 1966 vor dem 14. CDU-Bundesparteitag in Bonn und beantwortete die Frage wie folgt: »Nun, Hitler hatte den Krieg frevelhafterweise vom Zaune gebrochen. Hitler und seine Leute hatten die schamlosesten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Darum war der deutsche Name im Ausland geschändet, und die anderen Völker haben in den ersten Jahren nach dem Kriege nur immer daran gedacht, was die Deutschen unter dem Regime von Hitler begangen haben. Darum mußten wir Vertrauen gewinnen – das ist eine der wesentlichsten Grundlagen jeder Außenpolitik – bei den anderen Völkern, insbesondere auch Vertrauen gewinnen in unsere Stetigkeit.« Für diesen Prozeß der Vertrauensbildung seien die Vereinigten Staaten von Anfang an von besonderer Bedeutung gewesen. »Die Vereinigten Staaten waren eigentlich die ersten, die Vertrauen zu uns gewonnen haben. Ich denke manchmal mit tiefer Rührung an jenen Tag auf dem Ehrenfriedhof in Arlington bei Washington zurück, als ich einen Kranz niederlegte am Grabe des Unbekannten Soldaten. ... Der erste Außenminister, der uns hier in Bonn besuchte, war Acheson, der Außenminister der Vereinigten Staaten unter Truman. Truman hat uns und unserer Lage großes Verständnis entgegengebracht. Vor allem aber waren es Eisenhower und John Foster Dulles ..., die ein solches Vertrauen zu uns und unserer Politik gewannen, mit denen man alles besprechen konnte, was einem am Herzen lag. Man konnte sicher sein, daß man angehört würde mit Wohlwollen und daß geschwiegen wurde über das, was man sagte.« Der »Hauptleitsatz bei der ganzen Außenpolitik« sei der »Anschluß an die freien Völker des Westens« gewesen. »Dabei hatten wir immer wieder gegen die Opposition zu kämpfen, die dagegen massiven Widerstand leistete.« Die konsequente Realisierung dieser Politik habe jedoch ungeachtet aller Widerstände eine »immer enger werdende Verknüpfung der Bundesrepublik mit den freien Völkern des Westens« gebracht. Und zu Recht konnte der Altbundeskanzler feststellen, »daß, falls im Jahre 1945 irgendwer prophezeit hätte, welchen Weg die Bundesrepublik gehen würde, niemand diese Prophezeiung geglaubt hätte, ich selbst wahrscheinlich auch nicht.«⁵¹

Aus der Perspektive einer dauerhaften Weststaatslösung war die Adenauersche Strategie, in Kooperation mit den westlichen Alliierten schrittweise Souveränität zurückzugewinnen, fraglos ein Erfolg. Bereits im Petersberger Abkommen manifestierte sich wirtschaftlicher, politischer und psychologischer Terraingewinn, der in zähem Ringen mit den Alliierten erlangt wurde. Die hier bereits hervortretende selbstbewußte und fordernde Verhandlungsführung Adenauers lassen keinen Zweifel daran, daß die innenpolitische Kampfformel vom »Bundeskanzler der Alliierten« im Sinne einer »Marionette« oder eines »Befehlsempfängers« unhaltbar ist. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß Adenauer aufgrund seines außenpolitischen Programms und der von ihm realisierten innenpolitischen Stabilität für die westlichen Alliierten und namentlich die beiden angelsächsischen Mächte der ideale Partner war.⁵² Das gilt in ganz besonderem Maße für Washington, wie die zitierte Analyse der amerikanischen Hohen Kommission vom Sommer 1954 eindrucksvoll belegt. In enger Kooperation mit der Regierung Adenauer und aufgrund der Möglichkeiten zur informellen oder auch direkten Einflußnahme vermochte Washington seine Ziele der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Westintegration entscheidend voranzutreiben. Adenauer war der »Wunschpartner« Washingtons, und der Bundeskanzler begann »seinen Aufstieg in Deutschland und Europa als Mann der Amerikaner«.⁵³ Im Vollzug der Westintegration und der engen Anlehnung an die Vereinigten Staaten hat sich die Bundesrepublik ökonomischer und politischer Stabilität erfreut. Das Adenauersche Wiedervereinigungskonzept – das darf freilich nicht übersehen werden – erstarrte im Verlauf dieser Entwicklung zur rhetorischen Formel.

Anmerkungen

1 Adenauer an Helene Wessel, 27. August 1949, in: *Hans Peter Mensing* (Bearb.), Adenauer. Briefe 1949–1951, Berlin 1985, S. 97; vgl. auch *Hans-Peter Schwarz*, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 671.

2 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 1 (1949), S. 22–30.

3 Vgl. auch die Ausführungen Adenauers vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 14. September 1949: »Wir haben in der heutigen Zeit das Paradoxon, daß, obgleich Deutschland keinen Außenminister hat, seine gesamte Politik unter dem Aspekt der Außenpolitik steht, also auch das, was wir im Innern des Landes tun. Alles wird unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik stehen.« *Udo Wengst* (Bearb.), Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985, S. 365.

4 Grundlegend hierzu *Werner Link*, Zum Problem der Kontinuität amerikanischer Deutschlandpolitik im 20. Jahrhundert, in: *Manfred Knapp* (Hg.), Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945, Frankfurt 1975.

5 Vgl. *Hans-Jürgen Schröder*, Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 18 (1987), S. 3–17 mit weiteren Literaturangaben und Belegen.

6 Department of State Policy Statement, Germany, 16. August 1948, in: Foreign Relations of the United States (zit. FRUS), 1948, II, S. 1310.

7 *Institut für Zeitgeschichte* und *Deutscher Bundestag* (Hg.), Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949, Bd. 2, München 1977, S. 1525.

8 *Manfred Knapp*, Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: *ders.* (Hg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration. Studien zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1947–1952), Frankfurt 1984, S. 73.

9 So der amerikanische Hochkommissar, John McCloy, in einem Vortrag in Großbritannien am 4. April 1950; deutscher Text in: ERP-Information Nr. 5/1950, Deutsche Bundesbank, Historisches Archiv, 3365 (Handakten Vock: Marshallplan).

10 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 1 (1949), S. 29.

11 *Hans-Peter Schwarz* (Hg.), Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975, S. 184 (Rede vom 20. Oktober 1950 auf dem 1. Bundesparteitag der CDU zu dem Thema »Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt«).

12 Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 14. September 1949; zit. n. *Wengst*, Auftakt zur Ära Adenauer, S. 365.

13 Vgl. hierzu die vorzügliche Edition von *Horst Lademacher* und *Walter Mühlhausen* (Hg.), Sicherheit – Kontrolle – Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, Melsungen 1985.

14 Text ebd., S. 87 ff.

15 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 1 (1949), S. 487.

16 Ebd., S. 397, 472 und 524 f.

17 Ebd., S. 476.

18 *Lademacher* und *Mühlhausen*, Sicherheit. Einleitung, S. 59.

19 *Hans-Peter Schwarz*, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 67 f.

20 Vgl. *Lademacher* und *Mühlhausen*, Sicherheit. Einleitung, S. 61.

21 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 1 (1949), S. 472.

22 Wortprotokoll der Kabinettsitzung vom 21. September 1949, in: *Ulrich Enders* und *Konrad Reiser* (Bearb.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1 (1949), Boppard 1982, S. 286.

23 Ebd., S. 296.

24 *Lademacher* und *Mühlhausen*, Sicherheit, S. 87.

25 Ebd., Vermerk über die Erörterung des Ruhrstatuts in der Sitzung des Ausschusses für Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten am 26. Oktober 1949 vom 28. Oktober 1949, S. 306.

26 Ebd., Vermerk über die Besprechung zwischen Adenauer und Gewerkschaftsvertretern, 22. Dezember 1949, S. 518. Vgl. auch Adenauer an Johannes Albers, Köln, 22. Dezember 1949: »Der ERP-Minister scheint, gerade weil wir dahin arbeiten müssen, daß die Grundsätze des Ruhrstatuts auf die gesamte westeuropäische Schwerindustrie ausgedehnt werden, als der geeignetste Vertreter.« Zit. n. *Mensing*, Adenauer. Briefe 1949–1951, S. 148.

27 Adenauers Zeit-Interview vom 3. November 1949, in: *Lademacher* und *Mühlhausen*, Sicherheit, S. 341.

28 Z. B. Murphy an State Department, 13. Dezember 1948, in: FRUS 1948, II, S. 1340.

29 So etwa in einer Kabinettsvorlage vom 26. Juni 1951: »... the Schuman Plan appears as the last attempt by the French to retain some control over German heavy industry. Their aim is now to replace some of their evaporating powers by obtaining influence indirectly in a manner politically acceptable to the Germans.« PRO (= Public Record Office London), CAB 134/230.

30 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman, Bd. 1950, Washington 1965, S. 418 und 476.

31 *Volker R. Berghahn*, Montanunion und Wettbewerb, in: *Helmut Berding* (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 267.

32 Zit. ebd., S. 270.

33 So *Berghahn*, Montanunion, S. 270.

34 *Konrad Adenauer*, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1973, S. 345.

35 Zit. n. *Rolf Steininger*, Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt 1983, Bd. 2, S. 402 f.

36 Ebd.

37 Bericht zur politischen Lage auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses der CDU in Bonn vom 14. Juni 1952, in: *Schwarz*, Adenauer. Reden, S. 252 f. Vgl. auch die Ausführungen Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand vom 13. Juni 1952, in: *Günter Buchstab* (Bearb.), Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Stuttgart 1986, S. 111 ff.

38 Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom Oktober 1954, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Länderabt. III, Vorbereitung und Abschluß von Handelsverträgen, Allgemeines, Bd. 1.

39 Vgl. insbesondere FRUS, 1952–1954, VII, S. 424 ff.; *Hans-Jürgen Grabbe*, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983, S. 192 ff.

40 United States Delegation Minutes of the First Meeting of Chancellor Adenauer and President Eisenhower, The White House, April 7, 1953, datiert 17. April 1953, in: FRUS, 1952–1954, VII, S. 426.

41 Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 1953 in: *Buchstab*, Adenauer, S. 516–582, Zitate S. 519 ff.

42 Vgl. *Grabbe*, Unionsparteien, S. 193.

43 Ebd.

44 Ende Juli 1953 warnte das State Department allerdings vor einer zu offenkundigen Unterstützung Adenauers im Wahlkampf aus der Besorgnis, dies könnte den Kanzler verstärkter Kritik der Opposition aussetzen, eine »Marianette der Amerikaner« zu sein. State Department an HICOG (= High Commissioner for Germany), 30. Juli 1953, in: FRUS, 1952–1954, VII, S. 499.

45 Ebd., Eisenhower an Adenauer, 23. Juli 1953, S. 491 ff.

46 Vgl. ebd., Editorial Note, S. 532.

47 Vgl. *Grabbe*, Unionsparteien, S. 193.

48 U. S. HICOG, Bonn, an State Department, 12. Juli 1954: »Some Observations on West German Political Developments«, in: National Archives, Washington D. C., RG 59, 762A.00/7-1254. Vgl. hierzu auch Memorandum Williams, ebd.: »I think it will be valuable to keep the despatch in mind as a desirable base for briefing papers that may be required of us and for quick instruction of officers who come to see us for a day or two before proceeding to Germany on assignment.«

49 Rede vom 14. September 1951 in Bad Ems, in: *Schwarz*, Adenauer. Reden, S. 230 f. (Hervorhebung im Original).

50 Memorandum Cox, 13. März 1950, in: FRUS 1950, IV, S. 608 ff.

51 Rede vor dem 14. CDU-Bundesparteitag in Bonn, 21. März 1966, in: *Schwarz*, Adenauer. Reden, S. 477 f.

52 Vgl. hierzu auch *Steininger*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 360 f.

53 *Schwarz*, Adenauer, S. 687.